

außerbetrieblicher Wettbewerb den Kampf um die Spitze zur Ehre eines jeden Betriebes.

Deshalb können wir die Stellungnahme der Genossen der Kreisgerichte Karl-Marx-Stadt I—VII (NJ 1957 S. 629) nicht billigen. Wir empfehlen diesen Genossen, ihren Beschluß noch einmal zu überprüfen und die körperliche Arbeit als das einzuschätzen, was sie ist: als Bindeglied zu unseren Werk tätigen — ein Bindeglied, das uns den höchsten Lohn in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat einführt: die Achtung und Anerkennung der werktätigen Menschen aus der Produktion.

Wir haben den Eindruck, daß die Parteiorganisation der Kreisgerichte Karl-Marx-Stadt an die Frage der körperlichen Arbeit der Staatsfunktionäre zu formal herangegangen ist. Natürlich müssen die individuellen Schwierigkeiten berücksichtigt werden. Aber uns ist es unverständlich, wie man die freiwillige körperliche Arbeit in dieser Form mit der 48-Stunden-Woche in Verbindung bringen kann. Hier wird doch die politische Bedeutung der körperlichen Aufbauarbeit unterschätzt, die von Zehntausenden Menschen mit Begeisterung und Schwung auf den Baustellen des Nationalen Aufbauwerks und auf den Feldern in der ganzen Republik geleistet wird. Wie sehr sticht diese Begeisterung von den formalen Bedenken ab, welche die Genossen der Karl-Marx-Städter Kreisgerichte Vorbringen!

Wenn sich alle Genossen in ihrem Handeln von solchen Schwierigkeiten beeinflussen ließen, dann wäre es schlecht um unseren Aufbau bestellt. Aber die überwiegende Zahl unserer Menschen denkt anders. Diese Menschen packen mit beiden Händen zu und überwinden die persönlichen Schwierigkeiten. Ihr Handeln wird von dem Willen beseelt, aktiv am Aufbau teilzunehmen, auch wenn das mit persönlichen Unbequemlichkeiten und mit einer Beschränkung der Freizeit verbunden ist.

Die Parteiorganisation unserer Justizverwaltungsstelle empfindet es als eine große Ehre, daß unsere besten Aufbauhelfer persönliche Einladungen des Oberbürgermeisters der Stadt Rostock erhalten haben, um am ersten Spatenstich bei dem Ausbau des Hafens der Stadt Rostock zum größten Hafen der DDR teilzunehmen, wie dies auf dem 33. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei beschlossen wurde. Es ist selbstverständlich, daß alle arbeitsfähigen Mitarbeiter der Justizorgane des Bezirks Rostock auch an dieser großen nationalen Aufgabe mitarbeiten werden.

Wir glauben nicht, daß die Menschen in Karl-Marx-Stadt anders sind als in Rostock. Deshalb appellieren wir an die Genossen der Kreisgerichte Karl-Marx-Stadt I—VII: Werft Eure „Wenns“ und „Abers“, die Euch heute noch das Anpacken erschweren, über Bord! Schließt Euch den aufbauwilligen Menschen an, dann werdet Ihr durch den engen Kontakt mit den Werk tätigen und deren Hilfe eine andere Einstellung zur körperlichen Arbeit finden, dann werden Euch Stolz und Freude bei der körperlichen Arbeit erfüllen!

WILLI KORTH,

*Sekretär der Betriebsparteiorganisation der SED
in der Justizverwaltungsstelle des Bezirks Rostock*

Offener Brief an die Genossen der Betriebsparteiorganisation der Kreisgerichte Karl-Marx-Stadt I—VII

Eure Stellungnahme in NJ 1957 S. 629 zu der Frage „Körperliche Arbeit in oder außerhalb der Arbeitszeit?“ hat uns sehr befremdet. Die Begründung, mit der Ihr die Forderung, körperliche Arbeit außerhalb der Arbeitszeit zu leisten, ablehnt, ist für uns als Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse beschämend.

Wir stellen Euch, Genossen, die Frage: Wie steht Ihr eigentlich zu den Beschlüssen unserer Partei?

In dem Statut unserer Partei heißt es u. a.: „Das Parteimitglied ist verpflichtet, aktiv für die Durchführung der Parteibeschlüsse zu kämpfen...“

Wollt Ihr wirklich nicht etwas Zusätzliches leisten zur vorfristigen Erfüllung unseres Fünfjahrplans? Habt Ihr denn noch nichts gehört von der Losung unserer Partei „Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame

sozialistische Sache“? Wollt Ihr, Genossen, da wirklich abseits stehen?

Wir arbeiten unter ähnlichen Bedingungen wie Ihr und verstehen es trotzdem, zusätzliche Arbeit zu leisten.

Wir sind der Meinung, Genossen, daß Ihr nicht vom Klassenstandpunkt aus an diese Frage herangeht.

In wenigen Tagen feiern wir den 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Haben wir denn nicht die Möglichkeit, auch in dieser Frage von unseren besten Freunden zu lernen?

Genosse Lenin besaß wie kein anderer das Gefühl für das Neue, das er aufmerksam verfolgte, hegte und liebevoll pflegte. In dem ersten Subbotnik, den die Kasaner Eisenbahner als Antwort auf den Leninschen Appell „Auf revolutionäre Art arbeiten!“ am 10. Mai 1919 veranstalteten, erkannte er sofort ein Ereignis von historischer Bedeutung.

In seinem Artikel „Die große Initiative“ schreibt deshalb Genosse Lenin:

„Eine geradezu gigantische Bedeutung hat in dieser Hinsicht die Veranstaltung von Kommunistischen Samstagen durch die Arbeiter, auf Grund ihrer eigenen Initiative... Das ist der Beginn einer Umwälzung, die schwieriger, wesentlicher, fundamentaler, entscheidender ist als der Sturz der Bourgeoisie.“

Genosse Lenin sah in den Kommunistischen Samstagen faktisch den Beginn des Kommunismus. Er schrieb:

„Die Kommunistischen Samstage zeigen uns die bewußte und freiwillige Initiative der Arbeiter bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, beim Übergang zu einer neuen Arbeitsdisziplin, bei der Schaffung sozialistischer Wirtschafts- und Lebensverhältnisse.“

Er förderte deshalb mit allen Kräften diese „Große Initiative“ der Arbeitermassen.

Als am 1. Mai 1920 im ganzen Land ein Kommunistischer Samstag durchgeführt wurde, nahm auch Genosse Lenin an der Arbeit Zur Säuberung des Kremplatzes teil. Ein Kursant der Kremschule erzählt:

„Am rechten Flügel, bei der Fahne des Kursus, sehen wir einen untersetzten Mann im Arbeitsanzug stehen. Das war Iljitsch. Das Orchester spielte die Internationale. Plötzlich ein Signal — Kanonendonner — und wir gehen gemeinsam mit Iljitsch an die Arbeit. Gemeinsam säuberten wir den Kremplatz von allem möglichen Plunder. Iljitsch trug Balken auf den Schultern, spannte sich vor einen Karren und schleppte Steine.“ (Arbeiter und Bauern über Lenin, 1933, S. 105.)

Genossen, das war Lenin!

Wir würden uns deshalb freuen, Genossen, wenn Ihr das erkennt und Euren falschen Beschluß ändert.

Als Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands muß es uns ein Bedürfnis sein, und es ist unsere Pflicht, beispielgebend und führend voranzugehen.

Macht deshalb Schluß mit Eurer kleinbürgerlichen Einstellung. Sie hemmt die Entwicklung und lähmt die Partei. Bleibt nicht zurück, Genossen!

Vorwärts zu neuen Erfolgen!

*Die Genossen der Parteigrundorganisation der
Verwaltung Strafvollzug im Ministerium des Innern*

Anmerkung:

Aus den uns zu diesem Thema zahlreich zugegangenen Zuschriften haben wir die vier vorstehenden Beiträge abgedruckt, weil sie a/m deutlichsten — und einander in der Argumentation ergänzend — die Auffassung ausdrücken, die allgemein in den Justizorganen vertreten wird und auch bereits im Leitartikel unseres Heftes 16 ausgesprochen war.

Wir danken allen, die sich an dieser klärenden Diskussion beteiligt haben.
Die Redaktion